

## Zusammengehörigkeit fördern!

### Kuratorium Unteilbares Deutschland tagte in Berlin

Berlin (Eigenbericht). Es bleibe die Aufgabe, alles zu tun, um den menschlichen Zusammenhalt zu stärken und die Zusammengehörigkeit der Menschen über die willkürlichen Trennungslinien hinweg zu fördern. Das betont das „Kuratorium Unteilbares Deutschland“ in einer Entschließung nach Abschluß seiner Jahrestagung in Berlin. Der Mißbrauch der persönlichen Begegnungen, um die rechtsstaatliche Ordnung im freien Deutschland zu unterminieren, müsse aber mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

In der Entschließung heißt es, daß es „mit Sorge erfülle“, wenn Schritte erwogen würden, „die weniger die kommunistischen Agenten als die Bevölkerung treffen“. Es dürfe nichts geschehen, was die vom Grundgesetz garantierte innerdeutsche Freizügigkeit gefährden könnte, meint das Kuratorium, jedoch sollten alle tauglichen Maßnahmen des Rechtsstaates angewendet werden, um die Freiheit vor ihren Feinden zu schützen.

#### Erfreuliche Dynamik

Die Bemühungen führender Männer der westlichen Welt, „die Politik der freien Welt mit neuer Dynamik zu erfüllen“, wird in der Entschließung begrüßt. Diese Dynamik auf Europa bezogen, heiße Berlin nicht isoliert zu betrachten, sondern die deutsche Frage insgesamt zu lösen. Die Freiheit Westberlins, heißt es in der Entschließung des Kuratoriums, diene nicht nur dem deutschen Volk und der freien Welt, sondern bedeute zugleich die Wahrung des Gleichgewichts in Europa bis zur deutschen Wiedervereinigung.

Mit Nachdruck weist das Kuratorium darauf hin, daß die Zugehörigkeit Berlins zum freien Teil Deutschlands und zur freien Welt nicht stückweise abgebaut werden dürfe. Alle freiheitlichen Institutionen und Organisationen sollten die deutsche Hauptstadt immer wieder

als Tagungsort wählen. Ebenso dürften keine internationalen Verträge und Abkommen geschlossen werden, die die Bindung zwischen Berlin und der Bundesrepublik beeinträchtigen könnten. Wir dürfen nicht vor Drohungen zurückweichen und damit auch nur den Anschein eines kommunistischen Vetorechts erwecken.

#### Nicht lähmen lassen

Der stellvertretende Vorsitzende des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen, Dr. Gradl, stellte zum Thema „Das geteilte Deutschland und der Osten“ fest, die deutsche Ostpolitik dürfe sich nicht von dem radikalen weltanschaulichen Gegensatz lähmen lassen. Wörtlich erklärte er: „Bei dem Ringen zwischen Kommunismus und freiheitlicher Weltanschauung handelt es sich um einen säkulareren Vorgang; man kann nicht warten, bis es real gewonnen ist. Das heiße, die Politik nach Osten praktisch stilllegen.“ Besonders setzte sich Gradl mit der deutschen Politik gegenüber Polen auseinander. Für volle diplomatische Beziehungen gebe es allerdings zwei schwere Hindernisse, einmal die Anerkennung Pankows durch Warschau und zum zweiten die deutsch-polnische Grenzfrage. Sie ließe sich vielleicht ausklammern — „es gibt die Form des Rechtsvorbehalts“ —, und es sei dann

unter Umständen eine ansehnliche Repräsentation in Warschau „auch unterhalb der Linie volloffizieller diplomatischer Beziehungen“ möglich. Eine Verbesserung des deutsch-polnischen Verhältnisses sei jedenfalls zu wünschen. Sollte allerdings die polnische Haltung wirklich so sein, wie sie aus den Reden Gomulkas gegen-

#### SED hofiert die Lehrer

Berlin (ap). Angesichts des Lehrermangels in der Sowjetzone und des großen Anteils der Lehrer an der „Republikflucht-Bewegung“ hat sich die SED jetzt entschlossen, die Pädagogen politisch weniger zu belästigen.

Nach Meldungen der Ostberliner Presse haben das Politbüro der SED und der Pankower Ministerrat beschlossen, daß der Unterricht den Vorrang vor allen anderen „gesellschaftlichen“ Arbeiten des Lehrers haben soll. Da Vorbereitung und Weiterbildung auch viel von der Freizeit beanspruchten, sollten die Lehrer von zusätzlichen Funktionen verschont bleiben.

wärtig hervorgehe, dann bestehe einstweilen wenig Hoffnung.

Für eine aktivere Kulturpolitik im Hinblick auf die Entwicklungsländer sprach sich der Prorektor der Universität Heidelberg, Professor Hahn, aus. „Wir werden uns nicht davon abhalten lassen, für die deutsche Wiedervereinigung auf die Straße zu gehen“, erklärte der geschäftsführende Vorsitzende des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, Dr. Schütz.

## Konsequenzen

Dr. Hart und illusionslos müssen nun die Folgerungen aus der Moskauer Deklaration gezogen werden. Die Analyse des Dokuments hat ergeben, daß der Weltkommunismus alle Kräfte auf eine revolutionäre Durchdringung der fünf Erdteile konzentriert. Die Skala seiner Methoden reicht von der legalen Machtergreifung über die Parlamente bis zum Massenkampf in unblutiger und blutiger Form. Der Koexistenz-Begriff wurde chinesisch zugespielt als „Fortsetzung des Klassenkampfes in der internationalen Politik“ definiert. Koexistenz heißt also Verzicht auf atomare zugunsten revolutionärer, subversiver Kriegführung. Die freiheitliche Ordnung soll von innen heraus gesprengt werden. Dieses Ziel wird als unabänderlich bezeichnet. Daraus ergeben sich zwei Konsequenzen: Der Westen muß mit einem permanenten Welt-Bürgerkrieg rechnen, der nicht anders als mit einem totalen Sieg oder in einer totalen Niederlage enden kann. Um zu siegen, muß der Westen die Herausforderung des Welt-Bürgerkrieges annehmen. Das setzt jedoch gewisse Modifikationen seines diplomatischen Stils und seiner Methodik in der Innen- und Außenpolitik voraus.

★

Das Moskauer Revolutionsprogramm entzieht der klassischen Vertragsdiplomatie den Boden. Eine Macht, die den Umsturz zur Maxime ihrer auswärtigen Politik erklärt, ist nur bedingt verträglich. Sie wird jede schriftliche Abmachung als einen Fetzen Papier und jedes gegebene Wort als Schall und Rauch betrachten. Die Beschränkung der Vertragsfähigkeit gehört zu den zuverlässigen Kennzeichen einer jeden revolutionären Bewegung. Es blieb aber dem Kommunismus vorbehalten, daraus einen weltpolitischen Stil zu entwickeln. Die Entspannungskampagne Chruschtschows mit ihren Höhepunkten Genfer Gipfelkonferenz, Camp David und Genfer Abrüstungsverhandlungen hatte diese Tatsache zeitweise in rosigen Nebel gehüllt und im Westen gefährliche Illusionen entstehen lassen. Die

Entspannungsperiode, die als taktischer Versuch gewertet werden sollte, ist mit der Moskauer Deklaration abgeschlossen. Der Nebel ist zerrissen, die Illusionen sind zerstört. Wir wissen nun endgültig, daß es nur eine Abmachung geben könnte, an die sich Moskau und Peking peinlich genau halten würden: die Kapitulationsurkunde des Westens.

★

Die nun auch dokumentarisch bestätigte mangelhafte Vertragsfähigkeit des Kommunismus hat schwerwiegende Folgen. Es werden mit kommunistischen Mächten zwar weiterhin Verhandlungen geführt und Verträge abgeschlossen werden. Doch wird ihr Wert ausschließlich danach zu bemessen sein, inwieweit sie mit den Interessen des Weltkommunismus in Einklang stehen. Wenn die Sowjetunion beispielsweise ein Abrüstungsabkommen unterzeichnen sollte, würde sie sich nur so lange und nur soweit an die ausgehandelten Bestimmungen halten, als diese mit der revolutionären Weltplanung der beiden kommunistischen Befehlszentren übereinstimmen. In dem Augenblick aber, da das nicht mehr der Fall wäre, würde der Vertrag gebrochen werden. Moralische Gesichtspunkte, die in der Vertragsdiplomatie des 19. Jahrhunderts eine zwar schwache, für die westliche Politik aber heute noch beispielhafte Rolle spielten, scheiden dabei völlig aus. Die Vertragsdiplomatie ist zusammengebrochen. An ihre Stelle trat die internationale Rechtsunsicherheit. Im permanenten Welt-Bürgerkrieg gibt es kein Vertrauen mehr.

★

Die Folgerung, die daraus gezogen werden muß, ist einfach. Der Westen muß dem Kommunismus gegenüber noch skeptischer, noch nüchterner, noch wachsammer werden. Doch reicht eine rein defensive Reaktionsweise nicht aus in einer Situation, in der es um totalen Sieg oder totale Niederlage geht. Die Bereitschaft zur Offensive muß hinzutreten. Sie bedeutet Schweiß und Tränen. Es gibt ein Argument, das die Kommunisten verstehen: das Argument der Macht. Der heiße Krieg wurde nicht durch Verträge oder gute Worte des Westens

aus den Überlegungen der Kommunisten gedrängt, sondern durch die hochmoderne westliche Rüstung, die den physischen Kampf als nutzvolles und erfolgversprechendes Mittel der Weltrevolution ausschaltete. Militärisch könnten die Kommunisten den Erdball nur auf dem anstrengenden Wege des Selbstmordes erobern. Deshalb sind sie jetzt endgültig auf den Schleichpfad des permanenten Bürgerkrieges ausgewichen. Die Aufgabe der westlichen Politik besteht nun darin, gegen diesen roten Koexistenzkrieg Methoden zu entwickeln, die ebenso abschreckend wirken wie die atomare Verteidigungsmacht gegen die militärische Bedrohung. Das wird sehr schwierig sein, weil es mit einer Mobilisierung aller moralischen Widerstandskräfte nicht getan ist.

★

Der permanente Welt-Bürgerkrieg verlangt eine Straffung der Staatsmacht, eine bis an die letzte rote Warnmarke gehende Belastung der freiheitlichen Verfassungen. Die westlichen Regierungen müssen die Möglichkeit besitzen, der in ihre Bereiche einbrechenden kommunistischen Revolutions-taktik wirksam entgegenzutreten. Gesellschaftspolitisch wird die beste Wehr gegen den Kommunismus nach wie vor die Erhaltung der wirtschaftlichen Prosperität und die soziale Reform der breiten Eigentumsstreuung sein. Außenpolitisch sollten die westlichen Staaten ihre Allianzen zu einer fuglosen Kampfgemeinschaft fortentwickeln. Ihre Grundlage könnte eine atlantische Deklaration sein, die das programmatische Gegenstück zur Moskauer Erklärung darstellt. Einbrüche des Kommunismus in die westliche Hemisphäre, wie beispielsweise auf Kuba, dürften nicht mehr hingenommen werden. Sie wären dann auch nicht mehr in dem Maße zu befürchten wie bisher, da Machtkonzentrationen — wir sehen es am Bilde des Kommunismus — eine starke Strahlkraft besitzen. Wenn sie sich mit dem Glanz der Gerechtigkeit und Freiheit umgeben können, der dem Westen aus Geschichte und Geistesart eigen ist, dann ist diese Macht unüberwindlich und unüberstehlich. Sie kann zur Offensive antreten, und sie wird siegen.

# Gretchen-Frage an den Zonensport

## Daumes ausgezeichnete Brief über gesamtdeutschen Sport

**Dortmund.** — Ein gemeinsames Abzeichen für die Sportler aus der Bundesrepublik und der Sowjetzone bei internationalen Anlässen schlägt der Präsident des Deutschen Sportbundes der Bundesrepublik, Willi Daume, in einem Antwortschreiben an den DTSB der Sowjetzone vor. Als einen erfreulichen Tatbestand bezeichnet es Willi Daume in seinem vom 30. November datierten Brief, mit dem er die „Vorschläge“ des DTSB der Sowjetzone vom 22. Oktober beantwortet, daß der DTSB seine Anordnung, bei jedem Start in der Bundesrepublik das Staats Emblem zu tragen, zurückgezogen habe. Diese Rückkehr zur guten alten Tradition entspreche den Wünschen und Grundsätzen des Deutschen Sportbundes. Über diesen Punkt brauche man also nicht mehr zu verhandeln, denn Verhandlungen über feststehende sportliche Regeln und Gebräuche erübrigten sich.

### Ohne Hammer

Anders sei es jedoch in bezug auf Wettkämpfe mit internationalem Charakter auf dem Boden der Bundesrepublik und der Sowjetzone, zum Beispiel bei Welt- und Europameisterschaften. Die Sowjetzone hatte vorgeschlagen, daß bei derartigen Treffen das jeweilige Staats Emblem getragen werden sollte. Willi Daume weist in seiner Antwort auf die Undurchführbarkeit dieses Vorschlages hin, weil das Staatswappen der Sowjetzone in der Bundesrepublik und umgekehrt der Bundesadler der Bundesrepublik in der Sowjetzone verboten sind.

### Kein Palaver

Auf den Vorschlag der Sowjetzone, daß die Vorstände der beiden Organisationen gemeinsame Beratungen über die Förderung und Intensivierung des gesamtdeutschen Sportverkehrs aufnehmen sollten, erwidert Daume, daß nach Auffassung des Präsidiums des DSB der Bundesrepublik derartige Verhandlungen nicht erforderlich seien. Was gemeinsame Turn- und Sportfeste, Städte- und repräsentative Wettkämpfe wech-

seitig auf dem Gebiet der Bundesrepublik und der Sowjetzone angehe, so wäre niemand glücklicher als das Präsidium des DSB, wenn beispielsweise bald wieder echte Deutsche Meisterschaften stattfinden könnten, an denen sich die Turner und Sportler aus Hamburg und Leipzig, München und Rostock und vor allem aus ganz Berlin beteiligten. Diese seien aber vom DTSB der Sowjetzone bisher immer abgelehnt worden.

### Sport ohne Politik

In einem Schreiben an den Deutschen Turn- und Sportbund der Sowjetzone betont DSB-

### Vieweg in Bautzen

Berlin (dpa). Der ehemalige Generalsekretär der sowjetzonalen Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB), Kurt Vieweg, über dessen Schicksal seit langem Ungewißheit herrschte, befindet sich im Zuchthaus Bautzen. Wie das Informationsbüro West jetzt erfährt, verbüßt Vieweg dort eine zwölfjährige Zuchthausstrafe. Er wird in Einzelhaft gehalten.

Vieweg hatte sich 1956 für bäuerliche Familienbetriebe und gegen die überstürzte sozialistische Umwandlung der Landwirtschaft in der Sowjetzone ausgesprochen. Anfang 1957 floh Vieweg in die Bundesrepublik, kehrte jedoch im Herbst zurück und wurde verhaftet.

Präsident Willi Daume noch einmal mit aller Deutlichkeit, daß der DSB der Bundesrepublik jegliche Vermischung von Sport und Politik ablehne. Er weist darauf hin, daß der gesamtdeutsche Sportbetrieb nicht von der Bundesrepublik, sondern von seiten der Sowjetzone gestört wurde, weil der DTSB durch den Emblem-Erlaß politische Aspekte in den Sport getragen habe. Der Deutsche Sportbund der Bundesrepublik habe zu keinem Zeitpunkt seinen reisenden Gruppen irgendwelche Vorschriften gemacht.

„Den von Ihnen gewünschten Verhandlungen“, so heißt es in

dem Schreiben weiter, „steht nur ihre seit einiger Zeit immer wieder bekanntgegebene Ansicht entgegen, daß im gesamtdeutschen Sportverkehr das Miteinander-Sporttreiben allein nicht genüge. Der DTSB forderte vielmehr als einen unabhängigen Teil des Sportverkehrs Gespräche und Beratungen über sogenannte „Grundsatzfragen des deutschen Lebens“. Dabei handele es sich um rein politische Fragen. Der DSB habe in seinem Schreiben vom 28. 8. 1959 ausdrücklich betont, daß gesamtdeutsche Sportverhandlungen, soweit sie nicht rein technischer Natur sind, solange nicht mit Aussicht auf Erfolg geführt werden könnten, wie der DTSB auf die Einbeziehung zweckpolitischer Maßnahmen bestünde. Bis zum heutigen Tag habe der DSB der Bundesrepublik noch keine Erklärung in Händen, daß der DTSB bereit ist, darauf zu verzichten. Solange der DTSB der Sowjetzone bei seiner Auffassung bleibe, daß der Sport eine Funktion der Politik und Weltanschauung zu sein habe, sehe der DSB keine Möglichkeit, gesamtdeutsche Turn- und Sportfeste oder ähnliche Veranstaltungen gemeinsam zu veranstalten.“

### Keine Infiltration

Willi Daumes Brief schließt mit dem Hinweis, daß der DSB nach wie vor an einer aufrichtigen sportlichen Verbindung interessiert sei, aber alle Bemühungen, über den DSB zu einer politischen Infiltration zu kommen, sinn- und nutzlos seien und bleiben werden.

*Es ist zwar völlig klar, daß die Zone nie darauf eingehen wird, zum Beispiel für Welt- und Europameisterschaften mit den Sportlern der Bundesrepublik ein gemeinsames Abzeichen zu tragen, dennoch ist es gut, daß Daume diesen Vorschlag gemacht hat. Es ist die Gretchen-Frage an die heuchlerischen Kommunisten.*

# Wie stark ist die Sowjetunion?

## Attlee-Institut über die militärischen Streitkräfte — Atom-U-Boote im Bau

London (Eigenbericht). Eine umfassende Studie über die militärische Stärke der Sowjetunion hat das Londoner Institut für strategische Studien, eine private Institution, deren Vorsitzender der frühere britische Premierminister Earl Attlee ist, erarbeitet. Danach befinden sich in der Sowjetunion gegenwärtig wahrscheinlich sechs Atom-U-Boote im Bau. Bis zur Jahreswende 1961/62 würden voraussichtlich die technischen Anlagen zur Produktion von 200 interkontinentalen Raketen in

von maximal 12 800 Kilometern. Ferner stehen den Sowjets zwei Mittelstreckenraketen-Typen mit 2880 und 1600 Kilometer Reichweite zur Verfügung.

Wie es in dem Bericht weiter heißt, „hat die Sowjetunion gegenwärtig möglicherweise bis zu sechs atomgetriebene U-Boote mit einer Wasserverdrängung von 3000 Tonnen in verschiedenen Baustadien“. Die USA besitzen demgegenüber 14 atomgetriebene Raketen-U-Boote, von denen sich ein Teil noch im Bau befindet.

### 430 Einheiten

Soweit bekannt, sind die sowjetischen Atom-U-Boote bisher nicht mit Raketen ausgerüstet, die auch unter Wasser auf Ziele auf der Erde abgefeuert werden können, doch soll sich eine solche Rakete mit einer Reichweite von 2000 Kilometern im Entwicklungsstadium befinden. Die sowjetische Flotte ist mit 430 Einheiten und 1,6 Millionen Tonnen die zweitgrößte der Welt nach der amerikanischen.

Die sowjetische Luftwaffe besitzt der Studie zufolge 20 000 einsatzbereite Flugzeuge, darunter 4000 Überschall-Düsenflugzeuge mit je zwei Düsenantrieben, die über eine Geschwindigkeit von 1200 km/st

und in großen Höhen einen Aktionsradius von nahezu 1200 Kilometern verfügen.

### Abwehr-Raketen?

Ferner gilt es als wahrscheinlich, daß die Sowjets eine ferngelenkte Flugzeug-Abwehrrakete mit einer Geschwindigkeit von 2400 km/st und einer Reichweite von 28,8 Kilometern besitzen. Für den taktischen Einsatz stehen Raketen mit Reichweiten von 160 und 640 Kilometern und eine von Lastkraftwagen aus abzufeuern Rakete mit 80 Kilometern Reichweite zur Verfügung.

Die sowjetische Armee hat schätzungsweise 20 000 einsatzbereite und 15 000 Reserve-Panzer. Zu ihrer Kriegsstärke von sieben Millionen Mann kommen die europäischen Satelliten-Armeen mit 800 000 Mann unter Waffen und 400 000 Mann in halb-militärischen Verbänden. Die Luftstreitkräfte der Satelliten werden auf rund 3000 Flugzeuge, größtenteils Düsenflugzeuge, geschätzt.

Die Armee Rotchinas ist zwei Millionen Mann stark, aber insgesamt leben in China 125 Millionen Männer in wehrdienstfähigem Alter. Die chinesische Luftwaffe soll über 2000 Flugzeuge verfügen. K. C. Thaler

### Kerzen in die Fenster

Berlin (Eigenmeldung). Der Vizepräsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Müllerburg, hat in Schreiben an alle Landtagspräsidenten der Bundesländer vorgeschlagen, die vom Kuratorium Unteilbares Deutschland angeregte Kerzenaktion am Heiligen Abend wirksam zu unterstützen. Die Kerzen, die in den Abendstunden des 24. Dezembers in den Fenstern brennen würden, seien Ausdruck des Gedenkens an die Millionen von Deutschen, die in Unfreiheit und Bedrückung leben müßten.

der Sowjetunion geschaffen sein. Wie aus der Studie des Instituts, das finanziell von der amerikanischen Ford Foundation unterstützt wird, hervorgeht, haben die sowjetischen Landstreitkräfte eine Stärke von 2,2 Millionen Mann und können innerhalb von 30 Tagen nach einer Mobilmachung auf sieben Millionen Mann verstärkt werden. Durch eine Reorganisation ist die sowjetische Armee auf einen atomaren Krieg vorbereitet.

Ein erheblicher Zuwachs wird von westlichen Experten für das kommende Jahr in der Zahl der sowjetischen Interkontinental-Fernlenkraketen erwartet, die von gegenwärtig 35 einsatzfähigen Raketen bis zum Jahreswechsel 1960/61 auf rund 200 Einheiten vermehrt werden sollen. Der Grundtyp der sowjetischen Interkontinental-Rakete ist eine mit flüssigen Brennstoffen angetriebene Drei-Stufen-Rakete mit einer Operations-Reichweite

## „Keine Frontbegradigung“

### Erklärung Gerstenmaiers in Berlin zur politischen Lage

Berlin (Eigenbericht). Bundestagspräsident Gerstenmaier betonte in Berlin bei einem Empfang aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Berliner Pressekonferenz mit Nachdruck, daß die westliche Welt sowohl die Deutschland- als auch die Berlin-Frage nach wie vor als eine eigene Existenzfrage ansehe. Berlin sei und bleibe für den Westen ein Testfall für die Kraft und Gültigkeit der Politik des „Zurückdämmens“ des kommunistischen Vorgehens. Es gebe keine Frontbegradigungen. Der Führungswechsel in den USA habe in dieser Haltung des Westens nichts geändert.

Gerstenmaier wies ferner darauf hin, daß vermutlich auch

eine Einigung über das Handelsabkommen mit der UdSSR und über ein neues Interzonenabkommen nicht die Berlin-Frage lösen könnten. Die Bundesrepublik müsse weiterhin das Beste dazu beitragen, die Aktionseinheit des Westens zu erhalten und zu stärken.

Zuvor hatte Bürgermeister Amrehn der Berliner Pressekonferenz den Dank des Senats für die bisherige Zusammenarbeit übermittelt. Gerade die letzte Zeit habe die Unabhängigkeit der freien Presse deutlich aufgezeigt. In Anspielung auf die „Justizkrise“ meinte Amrehn lächelnd, die gegenseitigen Beziehungen seien gegenwärtig besonders „fruchtbar“.

## Grenzgänger

DT. Der anhaltende Druck des SED-Regimes auf die sogenannten Grenzgänger in Berlin ist in den letzten Wochen außerordentlich verschärft worden. Die Skala der befohlenen „Volksempörung“ reicht von bestellten Leserbriefen in der kommunistischen Presse über Hausversammlungen bis zu Hausdurchsuchungen und Verhaftungen in den Zonenrandgebieten. Offensichtlich werden hier Menschen verfolgt, die nichts anderes wollen, als friedlich ihrer Arbeit nachzugehen. Die Behauptung, diese Arbeit im Westen unserer Stadt sei ungesetzlich, ist ebenso falsch wie die andere, diese Arbeiter unterstützten die Rüstungsproduktion der NATO.

Zumeist handelt es sich um ältere Arbeiter, die seit vielen Jahren mit ihrem Betrieb verwachsen sind. Sie konnten bei ihrem Berufseintritt gewiß nicht ahnen, daß eines Tages ihre Vaterstadt in zwei Teile zerschnitten werden würde. Vor zehn Jahren gab es noch 84 000 in Ostberlin arbeitende Westberliner und 103 000 in Westberlin beschäftigte Ostberliner. Heute sind dreimal soviele Ostberliner im Westen der Stadt wie Westberliner in Ostberlin tätig; doch ist ihre Zahl nach einigen Schwankungen auf etwa 43 000 zurückgegangen. Umgekehrt sind nur noch 13 000 Westberliner im Osten der Stadt beschäftigt. Ihre Zahl ist also schneller gesunken als die der im Westen arbeitenden Ostberliner.

Das bereitet der SED Kummer nicht nur wegen ihres ständigen Arbeitskräftemangels, sondern wegen der steigenden Unzufriedenheit ihrer Bevölkerung. Die Aussichten durch das neue „Arbeitsgesetz“, das die Arbeiter in der Zone nahezu völlig entrechtet, sind auch für die Arbeiter in Ostberlin jetzt schlecht. Der tägliche Augenschein in Westberlin bietet den Arbeitenden ein Bild von freierheitlicher Arbeits- und Lebensweise, ganz abgesehen davon, daß die Westmark, mit der ein Teil des Verdienstes Ostberliner Arbeiter durch die Lohnausgleichskasse eingewechselt wird, eine gewisse Anziehungskraft ausübt.

Umgekehrt hat man wiederum beim Ostmagistrat die Grenzgänger von westlicher Seite gar nicht so ungern gesehen, besonders nicht die Angehörigen der Intelligenz. Sie werden über-tarfllich honoriert und bekommen neben manchen anderen Vergünstigungen einen Sonderausweis, mit dem sie im Osten einkaufen können. Mit dieser „Großzügigkeit“ offenbart das kommunistische System den be-

trächtlichen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften.

Die Drohung mit der „freien Stadt“, die im Roten Rathaus im Zusammenhang mit dem Grenzgängerproblem zu hören war, sollte wohl überreilte „administrative Maßnahmen“ des SED-Regimes zunächst vertagen. Sie bilden jedoch eine weitere Illustration, welcher Art die uns vom Osten gewährten „Freiheiten“ sein würden.

## Ärger mit den Bauern

### Zwangskollektivierung ohne den gewünschten Erfolg

Berlin (dpa/ap). Die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetzone hat der SED im vergangenen Jahr nicht in allen Punkten des Produktionsprogramms den erwünschten Erfolg gebracht. Dies geht aus den Ausführungen des Sekretärs für Landwirtschaftsfragen beim SED-Zentralkomitee, Grüneberg, hervor, der zur Eröffnung des „6. Deutschen Bauernkongresses“ der Sowjetzone in Rostock sprach.

Grüneberg wies darauf hin, daß sich die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) noch nicht richtig festigen konnten und gab zu, daß die von der SED geforderten Ziele nicht immer erreicht wurden. Die rund 2300 Delegierten ersuchte der Referent, im kommenden Jahr die noch im eigenen Besitz befindlichen landwirtschaftlichen Ge-

räte in die Genossenschaft einzubringen. Aus seinen Worten ging weiter hervor, daß ein Teil der Bauern auch jetzt noch jede Möglichkeit ausnutzt, um innerhalb der LPG soweit als möglich selbständig zu bleiben.

SED-Chef Ulbricht versuchte, die Bauern von der Überlegenheit der kollektivierten Landwirtschaft gegenüber den Einzelwirtschaften zu überzeugen und behauptete, die „DDR“ habe mit der „sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft“ einen „wertvollen Beitrag für die Stärkung des sozialistischen Lagers“ geleistet.

Während des Kongresses sollen vor allem die Richtlinien dafür festgelegt werden, wie im kommenden Jahr die landwirtschaftliche Produktion gesteigert und der Arbeitskräftemangel überwunden werden können.

## 1148 Entlassungen in Bützow

### Strafgefangene müssen Panzer reparieren

Berlin (dpa/ap). Von den mehr als 2200 Strafgefangenen im mecklenburgischen Zuchthaus Bützow-Dreibergen sollen 1148 auf Grund der sowjetzonalen Amnestie entlassen werden, wie das Informationsbüro West meldet.

Von den Insassen des Zuchthauses sind laut iwe 1600 in ständigem Arbeitseinsatz. Sie werden hauptsächlich in Neubrandenburg in einem Reparaturwerk für Panzer der „Volksarmee“ und im Nähmaschinenwerk Wittenberge eingesetzt.

Dem Aufsichtspersonal sei mitgeteilt worden, daß durch die Entlassungen kein Stillstand oder auch nur eine Verzögerung in der Produktion eintreten dürfe. Dieser „Befürchtung“ des Personals begegnete man mit dem Hinweis, daß die Untersuchungsgefängnisse in den Bezirken Rostock und Schwerin überfüllt seien und von dort „Neuzugänge“ kämen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2

# Norstad für NATO-Feuerwehr

## Bundeswehreinheiten als Eingreifreserve

Bonn (ap/dpa). NATO-Oberkommandierender General Norstad hat die Bundesregierung aufgefordert, Bundeswehreinheiten für die geplante NATO-Eingreiftruppe zur Verfügung zu stellen, wie am Freitag in Bonn mitgeteilt wurde. Die Forderung Norstads wird von der Bundesregierung überprüft.

Diese „Feuerwehr“ — die nichts mit dem Plan zu tun hat, die NATO zur vierten Atommacht zu machen — wird nach den bisherigen Andeutungen von vorläufig etwa vier bis fünf Ländern gebildet werden, die jeweils ein Bataillon dazu abzustellen hätten. Sie soll auch mit atomaren Waffen ausgerüstet werden und könnte an Konfliktzonen schneller eingreifen. Für einen solchen Verband haben sich auch die NATO-Parlamentarier eingesetzt, die Ende November in Paris tagten.

Zur gleichen Zeit etwa hatte General Norstad bekanntgegeben, daß die sogenannte „bewegliche Streitmacht“ als strategische Eingreiftruppe schon gebildet sei und man gegenwärtig darangehe, ihr Leben

und Substanz zu verleihen. Sinn der „beweglichen Streitmacht“, wie diese NATO-Feuerwehr auch bezeichnet wird, sei es, als Verstärkung an einem Punkt im Bereich der NATO geworfen zu werden, wo

Gefahr droht oder wo einer aufkommenden Bedrohung entgegenzutreten werden soll.

Die USA werden der NATO auf der nächste Woche in Paris beginnenden Tagung des Atlantikrates fünf oder sechs atomgetriebene Polaris-Unterseeboote anbieten. „Anregungen“, aber noch keine festen „Vorschläge“ für den Aufbau einer strategischen Atomstreitmacht hat die US-Regierung, wie am Freitag in Washington verlautete, den NATO-Partnern zukommen lassen.

# Home: Berlin bleibt frei!

## Fernseh-Interview des britischen Außenministers

Berlin (Eigenmeldung). Der britische Außenminister Lord Home erklärte in einem Interview mit dem britischen Fernsehen, daß die Freiheiten der Berliner Bevölkerung nicht angetastet werden dürften. Seine Regierung werde mit diesem Grundsatz in alle möglichen Verhandlungen mit der Sowjetunion eintreten. Lord Home

äußerte sich über das Zustandekommen solcher Verhandlungen jedoch äußerst vorsichtig. Nach seiner Ansicht sollten sie nur aufgenommen werden, wenn ziemlich sicher sei, „daß dabei etwas herauskommt“. Einen zweiten Fehlschlag wie in Paris könne sich die Welt nicht leisten.

Skeptisch beurteilte Lord Home die Fähigkeit der Vereinten Nationen, in der gegenwärtigen Situation eine Berlinlösung zu finden. Um der kommunistischen Herausforderung zu begegnen, seien nationale Anstrengungen der westlichen Staaten allein nicht mehr ausreichend. Lord Home befürwortete eine verstärkte NATO-Integration, äußerte sich jedoch zur Frage einer „Vierten Atommacht“ der NATO zurückhaltend. Zu den Finanzproblemen der freien Welt sagte der britische Außenminister, daß die Finanzkraft Deutschlands zu einer Milderung dieses harten Problems beitragen könne.

# Konferenz-Serie des Westens

## Hauptthemen: Dollar-Krise, Verteidigung, Europa-Fragen

London (upi). Die Verbündeten der westlichen Welt werden in dieser Woche eine Serie von Konferenzen in Europa abhalten. Hauptthemen der Besprechungen sind die Dollarfrage, die Zukunft der Verteidigung des Westens und europäische Probleme, vor allem wirtschaftlicher Art. Höhepunkt der Verhandlungen ist die Tagung des Ministerrates der NATO in Paris.

Nach einer am Wochenende vom britischen Außenministerium veröffentlichten Aufstellung finden folgende Konferenzen statt:

● Am Montag dem 12. Dezember, entscheidet ein Ministerrat der Kleinen Freihandelszone (EFTA) in Paris über die Aufnahme Finnlands.

● Am Dienstag treffen sich Vertreter der USA, Kanadas und europäischer Länder in Paris, um die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zu

gründen, die den Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) ablösen wird.

● Am Dienstag und Mittwoch wird sich der militärische Ausschuß der NATO in Paris mit der Frage befassen, in welcher Form eine Atom-Streitmacht der Allianz geschaffen werden kann.

● Vom Freitag bis zum Sonntag tagt der Ministerrat der NATO in der französischen Hauptstadt. An dem Treffen nehmen vor allem die Außen- und Verteidigungsminister teil, die USA werden auch durch ihren Finanzminister vertreten sein.

Am Montag trifft sich in Paris auch der Ministerausschuß des Europarates zur Erörterung der europäischen Politik. Am gleichen Tag findet in London eine Tagung des Wirtschaftsausschusses des Centopaktes statt. Cento ist die Nachfolgerorganisation des Bagdad-Paktes.

## Auflösung durch Flucht

Berlin (dpa). Die beiden letzten am Ägyptologischen Institut der Karl-Marx-Universität Leipzig, tätig gewesenen wissenschaftlichen Assistenten, Dr. Dieter Müller und Dr. Christa Müller, sind in die Bundesrepublik geflüchtet. Wie das Informationsbüro West am Freitag berichtete, ist dieses Institut nur noch mit dem Direktor Professor D. Dr. Siegfried Morenz besetzt.

# Bundespräsident ehrte Olympia-Sieger

## Lübke übernahm die Schirmherrschaft über den deutschen Sport

Bonn. — Bundespräsident Dr. Heinrich Lübke überreichte in einer Feierstunde in der Villa Hammerschmidt Olympia-Teilnehmern das Silberne Lorbeerblatt. Dabei übernahm er gleichzeitig die Schirmherrschaft über den Deutschen Sportbund, die sein Amtsvorgänger Prof. Heuss innegehabt hatte. Durch einstimmigen Beschluß des Deutschen Sportbundes und im Einvernehmen mit dem Bundespräsidenten wurde die Regelung getroffen, daß die Schirmherrschaft über den deutschen Sport nicht an eine Person, sondern an das Amt geknüpft wird.

Von den eingeladenen Olympiakämpfern fehlte der noch in den USA weilende Hans-Peter Lanig, der in Squaw Valley beim Abfahrtslauf eine Silbermedaille gewann. Nach einer Ansprache des DSB-Präsidenten Willi Daume, der dem Bundespräsidenten für die Einladung an die Olympia-Kämpfer dankte, stellte NOK-Präsident Dr. Karl Ritter von Halt die Medaillen-Gewinner dem Bundespräsidenten vor, der jedem einzelnen Sportler dankte und ihm mit einigen persönlichen Worten die Auszeichnung überreichte.

### Bescheidenheit empfohlen

Im Anschluß an die Überreichung des Silber-Lorbeers sprach der Bundespräsident zu der jungen Sportmannschaft. Eine olympische Medaille sei nicht der einzige Beweis für eine Bewährung im Leben, sagte der Bundespräsident in seiner kurzen Ansprache zu den deutschen Sportlern. Der Sieg sei ein Zusammenspiel von Leistung und Glück, „und dieses Glück sollte Sie bescheiden werden lassen“. Zu der Bewährung gehörten auch das Verhalten zu den Mitmenschen, die innere Disziplin und Sauberkeit. Lübke dankte den Sportlern für ihre Leistung, durch die sie der Heimat Freude und Ehre bereitet hätten.

Der Bundespräsident kritisierte übertriebene Siegesfeiern in einzelnen Gemeinden. Es verdunkle die olympische Idee, wenn von den Verlierern niemand mehr spreche. Ein anständiger Verlierer sei der Typ

des echten Sportlers. Der Bundespräsident betonte, das Silberne Lorbeerblatt solle als höchste Auszeichnung des deutschen Sports vor allem die menschliche Haltung würdigen.

### Keine Demütigung

Der Bundespräsident bedauerte, daß er nur die Sieger aus der Bundesrepublik begrüßen könne und nicht die gesamtdeutsche Mannschaft, die gemeinsam in die Wettkämpfe gezogen sei. Er forderte die Führer des Deutschen Sportbundes auf, durch neue Bemühungen und Verhandlungen auch in Zukunft den gesamtdeutschen Sport zu sichern. Lübke warnte aber davor, bei den Gesprächen mit den Funktionären der Sowjetzone die Konzessionen etwa fast bis zur Demütigung gehen zu lassen. „Solange wir die endgültige Teilung unseres Vaterlandes verhindern können, werden wir viel in Kauf nehmen, wir werden uns aber nicht demütigen lassen.“ Auch auf dem

Gebiete des Sports müßten wir Zeit und dann die Welt für unsere Idee der Freiheit gewinnen. Erst dann würden uns vor allem die jungen Völker in der Forderung unterstützen, auch Deutschland das Selbstbestimmungsrecht zu geben.

Der Bundespräsident forderte die Sportler auf, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten auch im Ausland zu nutzen. Vor allem die Entwicklungsländer brauchten eher als unser Kapital die Menschen, um von ihnen zu lernen. Durch ihr Auftreten im Ausland könnten die Sportler für Deutschland werben und die Freundschaft der anderen Völker gewinnen.

Da der anschließend vorgesehene Empfang im Palais Schaumburg wegen der Erkrankung des Bundeskanzlers ausfiel, blieben die Sportler zwei Stunden in der Villa Hammerschmidt. Später wurden sie von Bundesinnenminister Gerhard Schröder zu einem Imbiß in der Beethoven-Halle empfangen.

## Titos Antwort an Ostblock

### Moskauer Deklaration „böswillig und verleumderisch“

Belgrad (ap). Als „böswillig“ hat die jugoslawische Regierung die Moskauer Deklaration bezeichnet. In einer ersten offiziellen Stellungnahme sagte der jugoslawische Regierungssprecher Kunc, Jugoslawien betrachte die Deklaration als einen neuen Versuch, die Beziehungen zwischen Jugoslawien und dem „sozialistischen Lager“ sowie die Position und die Rolle Jugoslawiens im allgemeinen in einer „falschen und böswilligen“ Weise darzustellen. Die Deklaration sei dazu bestimmt, die gesamte Politik Jugoslawiens und besonders seinen grundsätzlichen Kampf „für Gleichheit und Unabhängigkeit in den internationalen Beziehungen, für aktive friedliche Koexistenz und für die Erhaltung des Weltfriedens“ zu diskreditieren. Das sei um so überraschender, als viele Unterzeichner der Deklaration bis vor kurzem noch die Politik Jugoslawiens positiv beurteilt und ihre Bereitschaft zur Zu-

sammenarbeit mit Jugoslawien bei der Lösung wichtiger internationaler Probleme unterstrichen hätten.

### Selbstmord Nedelins?

Chikago (ap). Der Oberbefehlshaber der sowjetischen Raketenstreitkräfte, Marschall Nedelin, der nach Moskauer Meldungen kürzlich „in Ausübung seines Dienstes tödlich verunglückt war“, soll Selbstmord begangen haben. Dies will die „Chicago Daily News“ aus diplomatischer Quelle in der Schweiz erfahren haben. Das Blatt schreibt, Nedelin sei verantwortlich gewesen für den mißglückten Versuch der Sowjets, kurz vor dem Auftritt Chruschtschows in der UNO einen Menschen ins Weltall zu befördern. Chruschtschow habe Nedelin deswegen so heftige Vorwürfe gemacht, daß der Marschall in seiner Verzweiflung zum Selbstmord getrieben worden sei.



**BILDER DER WOCHE.** Oben: Indira Gandhi, die Tochter des indischen Ministerpräsidenten Nehru, sprach in Bonn über „Indien, heute und morgen“. Frau Lübke (links) und Indira Gandhi betrachten eine Nikolausfigur. — Unten: In Bonn konstituierte sich in Anwesenheit von Bundesaußenminister von Brentano (Mitte) eine internationale Kommission von Historikern, die die Akten des Auswärtigen Amtes aus der Zeit der Weimarer Republik auswerten will.

